

Rückbericht: Kasseler Konferenz

Am 24. und 25. November 2017 trafen sich mehr als 120 ver.di Funktionär/innen, aus den Arbeitsbereichen der Kinder- und Jugend- und Behindertenhilfe von kommunalen, freien und konfessionellen Trägern.

Die Aktivitäten der letzten Jahre im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen wurden vorgestellt und aktuelle Herausforderungen in den Arbeitsfeldern diskutiert.

Am ersten Konferenztag gab es interessante Vorträge von WissenschaftlerInnen zu den Themen „Rechte von Kindern und Eltern stärken“ (Dr. Wolfgang Hammer- Hamburg) und „Perspektiven der institutionellen frühkindlichen Bildung und der Fachkräftegewinnung“ (Prof. Dr. Anke König – DJI, Leiterin WiFF).

Dr. Hammer machte in seinem Vortrag deutlich, dass eine leistungsgerechte Bezahlung der Sozialen Arbeit durch den in Deutschland vorhandenen Reichtum möglich ist, was unter anderem auch durch die Aufdeckung der Paradise Papers deutlich wird.

Detailliert ging er auf den Kulturwandel in der Sozialen Arbeit ein:

Für Einrichtungen, wie z.B. Familienzentren, Mädchentreffs, Mütterzentren, Jugendtreffs etc., die Eltern unterstützen, wird seit Jahren eingespart. (Insgesamt gibt es 3240 Einrichtungen).

Gleichzeitig wurden Eingriffe in das Sorgerecht der Eltern verdreifacht.

Es gibt seit Jahren den Versuch, die Soziale Arbeit durch technokratische Steuerungs – und Prüfsysteme zu ökonomisieren.

Die Agenda 2010, die laut Dr. Hammer nicht als Reform verkauft werden darf, hat die Kinderarmut massiv vorangetrieben. Empirisch belegter Handlungsbedarf wird seit Jahren ignoriert.

Dass Gegenwehr sich lohnt, zeigt der gescheiterte Versuch einer Verschlechterung im SGB VIII durch die große Koalition. Der massive Widerstand der Gewerkschaft Ver.di hatte dies gestoppt.

Nötig laut Dr. Hammer sind:

„ Echte“ Ganztagschulen mit pädagogischen Fachkräften

„ Echte“ Inklusion die gut finanziert ist

Massive Mehrausgaben in die Soziale Arbeit

Prof. Dr. Anke König widmete sich der Lage der Erzieherinnen und Erzieher in Deutschland.

Das Arbeitssegment Kita ist von einem bedeutendem Wachstum geprägt, so arbeiteten im Oktober 2017 692.643 Menschen in Deutschland in Kitas.

Im Vergleich waren es 2006 „nur“ 415.017 Kita Beschäftigte.

Das gesamte allgemeinbildene Schulwesen kommt auf 690.300 Lehrkräfte (Schuljahr 2015/16).

Auch die Benachteiligung von Frauen, die sich oftmals für einen sozialen Beruf entscheiden, wurde im Vortrag deutlich, da Frauen mehr arbeiten und im Schnitt weniger verdienen als Männer.

Ein interessanter Aspekt war auch die Aufschlüsselung der Beschäftigten nach Trägern.

So arbeiteten 2016:

- 194.369 Beschäftigte bei öffentlichen Kitas
- 100.771 Beschäftigte bei der Caritas (katholisch)
- 89.803 Beschäftigte bei der Diakonie (evangelisch)
- 55.111 Beschäftigte bei der DPWV (Paritätischer Gesamtverband)
- 29.971 Beschäftigte bei der AWO (Arbeiterwohlfahrt)
- 16.654 Beschäftigte bei der DRK (Deutsches Rotes Kreuz)
- 71.140 Beschäftigte bei sonstigen gemeinnützigen Institutionen
- 13.544 Beschäftigte bei privat gewerblichen Institutionen

Der Anteil von Beschäftigten in Vollzeit betrug 2007 und 2016 40 Prozent.

Der Anteil von Beschäftigten in Teilzeit betrug 2007 und 2016 60 Prozent.

Auch die Untersuchung des Alters der Beschäftigten (Stand 2016) wurde aufgeführt:

- Beschäftigte unter 30 26 Prozent (148.934)
- Beschäftigte 30-40 22 Prozent (125.198)
- Beschäftigte 40-50 23 Prozent (132.600)
- Beschäftigte 50 und älter 29 Prozent (163.931)

Als Prognose ist bis zum Jahr 2025 ist nach jetzigem Stand mit einer **Personallücke von etwa 329.000 Beschäftigten** in Kitas, Tagespflege und Stellen in Ganztagschulen zu rechnen.

Schritte, um den Fachkräftemangel entgegenzutreten, sind für Prof.Dr. Anke König:

- Pluralität und Diversität in Teams (heterogene Teams)
- Kita zum attraktives Arbeitsfeld entwickeln: Vom Berufsanfang bis zur Altersteilzeit
- Gute Arbeitsbedingungen (mäßige Belastung, hohe Arbeitszufriedenheit)
- Aufstiegschancen im Betrieb (Führungs-, Fach – und Projektkarrieren)

Den zweiten Konferenztag nutzen die GewerkschafterInnen um über die tarifpolitische Situation im gesamten öffentlichen Dienst und im Sozial – und Erziehungsdienst zu diskutieren und Ausblick auf neue Aktivitäten zu nehmen.

Dazu leitete Wolfgang Pieper (Bundesvorstand Verdi, Fachbereichsleiter FB 7) ein.

Die BTK empfiehlt eine Forderung von 6 Prozent mit sozialer Komponente für die Tarifrunde 2018.

Die Forderung nach einem kostenlosen Nahverkehrsticket in der Tarifrunde 2018 ergibt sich aus der Vorreiterrolle Verdis zum Thema Umweltschutzes.

Auszubildene sollen einen Tag mehr Urlaub bekommen.

Außerdem einen Lehrmittelzuschuss, eine erhöhte Ausbildungsvergütung, Übernahme nach der Ausbildung, Ausbildungsvergütung für betrieblich-schulische Ausbildungen.

Weitere Forderungen für 2018 sind die Erhöhung des Wechselschicht- und Schichturlaubs auf 9 bzw. 6 Tage.

Eine Angleichung der Jahressonderzahlung (JSZ) Ost and West im Bereich der VKA (Ost JSZ 75 Prozent der JSZ West)

Die Forderungen werden am 8.Februar 2018 von der BTK beschlossen.

Kündigung der Entgelttabelle zum 28.Februar 2018.

Im weiteren stellte Wolfgang die Zunahme von psychischen Erkrankungen durch Schichtarbeit, Überalterung, Arbeitsverdichtung und eine dünne Personaldecke dar.

Deutschlands Ausgaben für den öffentlichen Dienst betragen 7,9 Prozent des BIP.

Damit ist Deutschland das Land mit den niedrigsten Ausgaben für den ÖD in ganz Europa (EU Durchschnitt 10,2 Prozent).

Das Thema Arbeitszeitverkürzung wird von der BTK daher als mobilisierend angesehen und soll in der Tarifrunde 2020 aufgegriffen werden.

Es ist gut, dass ver.di nicht den gleichen Weg wie die IG Metall gehen möchte, die keine kollektive, sondern eine individualisierte und zeitlich begrenzte Arbeitszeitverkürzung mit Teillohnausgleich fordert. Als Begründung wurde angegeben, dass die individualisierte Arbeitszeitverkürzung auf Zeit die Gefahr birgt zu noch mehr Befristung zu führen und Lohnausgleich oft nur für Schichtarbeiter gefordert wird.

Die BTK möchte laut Wolfgang eine große Diskussion in der Mitgliedschaft anregen und macht den Vorschlag statt einer täglichen Arbeitszeitverkürzung (z.B. 35 Stunden Woche) frei verfügbare Tage zu fordern, da man den Arbeitsweg spart, besser planen kann, keine Gefahr für Überstunden besteht und man einen größeren individuellen Nutzen durch zusätzlich freie Zeit hat.

Außerdem soll das Ansammeln von freien Tagen für:

- Einen früheren Renteneintritt
- Eine Auszeit für besondere Lebensphasenerfordernisse
- Anrechnung auf die zu leistende Wochenarbeitszeit

möglich sein.

Der **Personalausgleich** kann hierbei ähnlich wie bei der Teilzeit umgesetzt werden. Ausgehend vom vorhandenem Stellenplan werden durch die zusätzlichen freien Tage Stellenanteile frei, die zusammengerechnet wieder in neu zu besetzende Stellen umgewandelt werden müsste.

Um diese Tarifforderung aufzustellen ist es notwendig den Manteltarifvertrag zu kündigen.

Nach Einschätzung von Wolfgang sollte man nach der Kündigung des gesamten Abschnitt II im TvöD, möglichst schnell zu einem Ergebnis kommen, um die Regelungen wieder in Kraft zu setzen. Den Arbeitgebern soll keine Zeit gegeben werden, um bei neu Eingestellten oder durch Änderungsarbeitsverträge die bisherigen Arbeitszeitregelungen zu unterlaufen.

Die Tarifrunde des ÖD 2020 läuft parallel mit der Aufwertungsrunde des Sozial- und Erziehungsdienst.

Die Eingruppierungsregelungen können zum 30. Juni 2020 gekündigt werden.

Die Verhandlungen mit der VKA sollen schon 2019 aufgenommen werden.

DIE BTK sieht im SuE eine wichtige Beschäftigtengruppe in Tarif- und Streikauseinandersetzungen.

Zur Diskussion stellte Wolfgang zwei Möglichkeiten die in der BTK diskutiert worden sind:

1:

Arbeitszeitverkürzung als Teil der Aufwertung mit allen Beschäftigten gemeinsam angehen und die Verhandlungen zu Eingruppierung zeitlich ins nächste Jahr verschieben.

2:

Beides Verknüpfen und priorisieren. Gespräche mit der VKA aufnehmen parallel zur Tarifrunde (soweit das geht) mit oder ohne Forderung.

Im Anschluss folgte eine – leider viel zu kurze – Diskussion mit reger Beteiligung der Anwesenden.

Viele KollegInnen sprachen sich gegen eine Verknüpfung aus. Für sie bedeutet Aufwertung ihres Berufs auch eine höhere Eingruppierung.

Der Fachkräftemangel im SuE wird nicht dazu führen, dass die Arbeitgeber sich über Verhandlungen zu einer höheren Eingruppierung motivieren lassen.

In ganz Deutschland gibt es nur wenige Städte die S8B freiwillig zahlen (z.B. Frankfurt und Hannover) und das erst nach langem innerbetrieblichen Kampf.

Frankfurt war nach dem Beschluss massiven Anfeindungen des VKA Hessen ausgesetzt.

Die Forderung nach einer Arbeitszeitverkürzung wurde hingegen positiv aufgenommen.

Gerade im SuE kommt bei vielen KollegInnen zuerst der Wunsch nach mehr Zeit und dann das Geld.

Hier muss allen Beteiligten in der BTK und allen KollegInnen im ÖD bewusst sein, dass diese nur mit einem bundesweiten Erzwingungsstreik zu gewinnen ist.

In die Diskussion trugen die KollegInnen auch die Kritik an der geplanten Begrenzung von Warnstreiks auf vier Stunden am Tag für die kommende Tarifrunde 2018.

Wolfgang Pieper erwiderte, dass man eine Eskalationsstufe vor ganztägigen Warnstreiks benötigt und es in Deutschland im Gegensatz zu vielen anderen Ländern eine

Streikgeldtradition gibt und man Arbeitgeber mit Streiks ohne Streikgeld beeindrucken könnte.

Ein wichtiges Thema waren auch die bundesweiten Streikdelegiertenkonferenzen.

In ihrem Diskussionsbeitrag ging eine Kollegin auf diese ein und forderte die Beibehaltung der Streikdelegiertenkonferenzen und lobte diese als basis-demokratische Errungenschaft innerhalb der Gewerkschaft.

Wolfgang Pieper erwiderte verhalten, dass in der Nachbereitung des Streiks 2015 durch die BTK es noch nicht positiv, aber auch nicht negativ entschieden worden ist.

Er selbst geht davon aus, dass es positiv entschieden wird.

Es zeigt sich, wir müssen den Druck aufrecht erhalten. Teile der BTK und des Bundesvorstands von Verdi scheint die Bundesdelegiertenkonferenz ein Dorn im Auge zu sein. Viele von ihnen befürchten, dass eine solche Beteiligung der streikenden KollegInnen zu „überzogenen Erwartungen“ führen könnte. In Wahrheit bedeutet das jedoch nur, dass die Möglichkeiten, einen Streik vorzeitig abubrechen, obwohl die Basis durchaus noch willens ist, weiter zu kämpfen, dadurch eingeschränkt sind. Das hat sich bereits 2015 gezeigt, wo das Votum der Delegiertenkonferenz zur Mitgliederbefragung führte und deutlich wurde, dass eine Mehrheit den von der ver-di-Führung (und der BTK-Mehrheit) vorgeschlagenen Kompromiss nicht annehmen wollte und stattdessen weiter streiken wollte. Allerdings wurde dann keine erfolgversprechende Strategie vorgeschlagen und die Dynamik des Arbeitskampfes ging verloren.

2015 wurde deutlich, dass die Streikdelegiertenkonferenzen nur beratend sein wollten und die Entscheidungsbefugnis massiv eingeschränkt wurde. Daher müssen wir einen Kampf darum führen, dass sie wieder stattfinden, aber auch, dass sie tatsächlich – als gewählte VertreterInnen aus den Streikversammlungen vor Ort – für die Verhandlungsführung bindende Entscheidungen treffen können.

Zum Schluss der Konferenz beschlossen die Anwesenden GewerkschafterInnen die Kasseler Erklärung.

Die 10. Kasseler Erklärung ist das Ergebnis der Beratungen. Sie fasst die Forderungen zusammen.

Die Forderungen werden in den kommenden Wochen durch weitere Materialien konkretisiert.

Außerdem stimmten die 120 GewerkschafterInnen einstimmig für eine Solidaritätserklärung mit den KollegInnen von Siemens .

Julian Koll